

Gemeinsame Erklärung der Stadtratsfraktion DIE LINKE/Gartenpartei und des Stadtverbandes Magdeburg DIE LINKE zum Kleingartenkonzept für Magdeburg

Viele Bürger*innen unserer Stadt, vor allem die aus den Reihen der Kleingärtner*innen, können sich noch sehr gut daran erinnern, dass Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper vor noch nicht allzu langer Zeit öffentlich verkündete, unter seiner Amtsführung würden keine Kleingärten (insbesondere die aktuell genutzten) in ihrer Existenz bedroht werden.

Nun sind die OB-Wahlen vorbei, der alte ist auch der neue Amtsinhaber und die schönen Worte von gestern sind offenbar nur noch Makulatur.

Schon damals trauten einige den Versprechungen des OB nicht - und sie hatten damit offenbar Recht.

Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, wenn man diverse Pressemeldungen und Leserbriefe der letzten Tage über die von der Stadtverwaltung geplanten Maßnahmen zur Beseitigung tausender Pachtkleingärten in Magdeburg verfolgt.

Aus Sicht des Stadtverbandes Magdeburg der Partei DIE LINKE und der Stadtratsfraktion DIE LINKE/Gartenpartei hat dieses Vorhaben der Verwaltung - nicht nur und schon gar nicht in erster Linie - eine städtebaulich-räumlich Dimension, wie dies seitens der Verwaltung im Konzept „Räumliche Entwicklung des Kleingartenwesens“ überwiegend zu erklären und darzustellen versucht wird.

Neben einer Vielzahl sozial- und umweltpolitischer Aspekte steht für uns insbesondere eine politisch brisante Frage im Mittelpunkt:

Wo bleibt bei dieser überaus wichtigen kommunalpolitischen Thematik das Recht der Bürger*innen auf Mitbestimmung? Der Pluralismus als eines der Hauptkriterien einer demokratischen Gesellschaft scheint an dieser Stelle offenbar in Vergessenheit geraten zu sein.

Wir halten die angedachte Beseitigung tausender Kleingärten in der Landeshauptstadt Magdeburg für eine wichtige kommunale Angelegenheit im Sinne der Kommunalverfassung, welche nicht ohne umfassende Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, im konkreten Fall der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und vor allem derjenigen, die möglicherweise von Abrissmaßnahmen betroffen sein könnten, beraten, geplant und entschieden werden darf.

Selbst unter denjenigen, die von den angedachten Rückbaumaßnahmen ihrer geliebten, oftmals schon seit Jahrzehnten und über Familiengenerationen hinweg liebevoll gepflegten „Scholle“, möglicherweise betroffen sind, ist hin und wieder durchaus sachliche Akzeptanz

darüber zu vernehmen, dass eine Reihe von Faktoren - darunter der demographische Wandel, Hochwasserschutzproblematiken und der temporär wachsende Bedarf an Bauflächen für den Eigenheimbau, Politik und Verwaltung - zum Überdenken von Fragen der Neuordnung von Gartenpachtland und dessen Rückbau in Magdeburg zwingen.

Was aber rechtfertigt einen derartigen „Kahlschlag“, der bisher offenbar fern der Öffentlichkeit erörtert und abgewogen wurde, bei dem die allermeisten der Betroffenen nicht gefragt und nicht angehört wurden? Wer erlaubt es überhaupt dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung, in der vorliegenden bzw. offenbar beabsichtigten Art und Weise über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu denken und zu planen?

Wir fordern vor diesem Hintergrund vom Oberbürgermeister und der Verwaltung, dass:

1. das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Information und Mitbestimmung im Sinn der Kommunalverfassung im umfassendsten Sinn beachtet und gewahrt wird
2. unverzüglich und vor Beschlussfassung durch den Stadtrat allen Bürgerinnen und Bürgern vollständige und geeignete Möglichkeiten zur Information über Ursachen und Gründe für die von der Verwaltung geplanten Rückbaumaßnahmen bereitgestellt und angeboten werden
3. den Bürgerinnen und Bürgern sowie den betroffenen Verbänden, Vereinen und sonstigen Einrichtungen umfassende und zeitlich angemessene Möglichkeiten zur Prüfung und Positionierung bzgl. aller vorgesehenen Maßnahmen eingeräumt werden
4. basierend auf den Ergebnissen der Information und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden, Vereinen und Betroffenen, die vollständige Überprüfung, ggf. Korrektur, und Überarbeitung der bisher vorhandenen Verwaltungsvorstellungen zum Konzept „Räumliche Entwicklung des Kleingartenwesens“ erfolgt.

Iris Gottschalk, Wolfgang Bierstedt
Vorsitzende des Stadtverbandes Magdeburg
DIE LINKE

Frank Theile
Vorsitzender Stadtratsfraktion
DIE LINKE/Gartenpartei